

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 45 (1953)
Heft: 10

Artikel: Gegenwartsprobleme der europäischen Gewerkschaften
Autor: Wyler, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353607>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

alle Publikationen der neueren Zeit geradezu darauf angelegt sind, das Gegenteil zu beweisen. Tatsache ist, daß Georg Conrad Fischer nicht nur ein erfolgreicher Erfinder, sondern ein nicht minder erfolgreicher Unternehmer ganz vom Schlage der Peyer im Hof, Heinrich Moser und Conrad Neher war.

Gerne hätte man Auskunft darüber erhalten, wie sich das Verhältnis der drei hauptsächlichen Produktionszweige zueinander im Lauf der Zeiten gestaltet hat. Auch sonst läßt die Jubiläumsschrift allerhand Fragen unbeantwortet. Trotz dieser und anderer Mängel, zu denen nicht zuletzt eine Gespreiztheit des Stils gewisser Kapitel gehört, ist sie ein eminenter Beitrag zur Wirtschafts- und Industriegeschichte unseres Landes, der Beachtung verdient.

Ed. Weckerle.

Gegenwartsprobleme der europäischen Gewerkschaften

I

Aehnlich wie im vergangenen Jahr führte die *Europäische Regionalorganisation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften* (IBFG) dieses Jahr eine gewerkschaftliche Sommerschule durch. Dank dem freundlichen Entgegenkommen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) konnte der vierzehntägige Kurs im idyllisch gelegenen oberbayrischen Kurort *Kochel* abgehalten werden, wo der Regionalorganisation die zu diesem Zwecke ausgezeichnet geeigneten Räumlichkeiten der Bundesschule des DGB zur Verfügung gestellt wurden. Die Leitung der vom 14. bis 27. Juni 1953 dauernden Sommerschule lag wie im Vorjahr in den Händen des Sekretärs der Regionalorganisation, Walter Schevenels (Brüssel). Ihm zur Seite standen verschiedene gewerkschaftliche Mitarbeiter, insbesondere Dr. Heinz Umrath (Amsterdam). Der ebenfalls als Studienleiter vorgesehene belgische Gewerkschafter Fernand de Coster konnte jedoch infolge Erkrankung nicht am Kurs teilnehmen. Dagegen wirkten noch folgende Gastreferenten mit: L. Murray (Großbritannien), R. Le Bourre (Frankreich) und K. Osterkamp (Deutschland). Andererseits wurde die Sommerschule von Delegierten aus insgesamt 14 europäischen Ländern besucht.

Das Kernstück der gewerkschaftlichen Sommerschule bildete eine Reihe von Vorträgen und Aussprachen, welche sich unmittelbar mit wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen der westeuropäischen Länder befaßten. Es zeigte sich wieder einmal mehr, daß es Westeuropa nicht an Gegenwartsproblemen fehlt, und es ging daher in erster Linie darum, die Grundfragen zu erkennen, die sich den europäischen

Gewerkschaften stellen. Die Kursleitung hat in richtiger Einschätzung der Verhältnisse drei Themen in den Vordergrund gerückt:

1. Die Planung in der modernen Gesellschaft und die Freiheit des Einzelmenschen.
2. Welche Aenderungen des jetzigen Produktionssystems der westlichen Welt sind notwendig, um zukünftige Krisen zu verhindern?
3. Was eint die demokratische Welt trotz ihrer wirtschaftlichen Gegensätze?

Zu jedem dieser Themen wurden von der Kursleitung je zwei Referate, Gruppen- und Plenardiskussionen vorgesehen. Dadurch wurde die systematische Durchdringung des Problemkreises sehr gefördert, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Kursdauer recht knapp war und für eine volle Bewältigung der Probleme nicht ausreichte.

Im übrigen enthielt das Kursprogramm vor allem Berichte der einzelnen Landesdelegationen über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in ihrer Heimat. Auch diese Ausführungen regten zu einer lebhaften Aussprache an, und es zeigte sich, daß es gut ist, beim internationalen Gedanken- und Erfahrungsaustausch die Verschiedenheit der Geschichte und die gegenwärtige Lage der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern stets im Auge zu behalten.

II

Das an den Anfang des systematischen Kursprogramms gestellte Thema betraf die *Planung in der modernen Gesellschaft und die Freiheit des Einzelmenschen*. Diese Fragestellung besitzt für die europäischen Gewerkschaften aus verschiedenen Gründen eine besonders große Aktualität. Die Irrwege gewisser totalitärer Staaten zeigen, wie mit dem Instrument der Planung unter Umständen ein verheerender Mißbrauch getrieben werden kann. Andererseits haben sich auch bei Ländern, die die Planwirtschaft auf demokratischem Wege ausgebaut haben, Unzulänglichkeiten der Planung geltend gemacht. Die europäische Arbeiterschaft hat im Verlaufe der letzten Jahre und Jahrzehnte einen besonders vielfältigen Erfahrungsunterricht genossen, was Planwirtschaft ist und sein kann. Diese Erfahrungen fanden natürlich auch in den Referaten und Diskussionen der Sommerschule ihren Niederschlag. Während der englische Redner vor allem die Lehren des britischen Experimentes herausarbeitete, knüpfte der französische Redner an die in Frankreich (und in der Sowjetunion) gemachten Erfahrungen an. Die Verschiedenheit der Ausgangsstellung bedeutete indessen keineswegs ein Auseinanderklaffen der Schlußfolgerungen, denn beide Redner waren sich klar darüber, daß die Planung die Freiheit des einzelnen Menschen zu respektieren hat. Die in allen industrialisierten Staaten sich stellende

Frage ist nicht, *ob* der Staat ins Wirtschaftsleben eingreifen soll, sondern *wie weit* er intervenieren soll.

Lionel Murray (London) erinnerte in seinem Referat daran, wie stark der Wunsch nach sozialer Wandlung nach dem Zweiten Weltkrieg in Großbritannien vorhanden war. Die Arbeiterregierung war der Treuhänder dieses Verlangens. Vollbeschäftigung, wachsendes Sozialprodukt und steigender Lebensstandard, gerechte Verteilung des Volkseinkommens und mehr demokratische Kontrolle der Wirtschaft: dies waren die hauptsächlichen Ziele, die sich die Regierung auf die Fahne geschrieben hatte. Die aufgestellten Programmpunkte veranlaßten zu einer großen Zahl konkreter Maßnahmen, die vom Referenten näher geschildert wurden. Unterstützt von der Gewerkschaftsbewegung trat die Arbeiterregierung auch an die Verstaatlichung mancher Wirtschaftszweige heran. So übernahm die Nation die Kohlengruben, die Gas- und Elektrizitätserzeugung, die Eisenbahnen und weitere Zweige des Transportwesens, die Eisen- und Stahlindustrie und die Bank von England. Die Verstaatlichung führte jedoch nicht zu einer direkten Beteiligung der Gewerkschaften an den Verwaltungsräten der Betriebe. Auch noch heute besitzen die Gewerkschaften nur ein Konsultationsrecht, wenn auch die Verwaltungsräte teilweise ehemalige Gewerkschafter umfassen. Der Redner hält dies für eine zweckmäßige Lösung.

Die britische Wirtschaftsplanung erfolgte mehr empirisch als ideologisch, und so wird es wohl auch in Zukunft bleiben. Nichtsdestoweniger kennt die Planung einige feste Grundgedanken, zu welchen die folgenden gehören: Die Planung ist nicht Selbstzweck, sondern sie hat der Erhaltung der Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft zu dienen. Die demokratischen Staaten haben sowohl national als auch international zu planen. In einer Planwirtschaft wird die Bedeutung der Gewerkschaften nicht zurückgehen, sondern wachsen. Wir haben es jedoch nötig, unsere Organisationen und unser eigenes Verhalten anzupassen, um der neuen Verantwortung gerecht zu werden.

Der zweite Referent, **R. Le Bourre** (Paris), schilderte hauptsächlich den soziologischen Hintergrund des modernen «Managertums», welches sich sowohl beim privaten als auch beim verstaatlichten Betrieb geltend macht. Eindringlich warnte der Referent vor der Illusion, als ob die Verstaatlichung das Problem der demokratischen Kontrolle der Wirtschaft automatisch lösen würde. Sofern man nicht die Struktur des Wirtschaftsorganismus ändert, beschränkt sich die Aenderung bei der Verstaatlichung nur darauf, daß einige neue «Akteure» in den Hauptrollen auftreten, während im übrigen die Großzahl der Menschen nach wie vor nur zur Ausführung verwendet würde. Bezugnehmend auf die in Frankreich vorgenommenen Verstaatlichungen unterstrich der Referent die Gefahr, daß Technokraten und Bürokraten unter dem Deckmantel gesetzlicher Rege-

lungen die Macht in ihren Händen konzentrieren. Die Techniker und Beamten sind zwar wertvolle, ja unentbehrliche Persönlichkeiten, aber sie müssen der demokratischen Struktur des Betriebes und der allgemeinen Wirtschaft entsprechend eingesetzt werden. Wir müssen zu einer direkten Verantwortlichkeit des arbeitenden Menschen im Rahmen seiner Kompetenzen gelangen.

Der französische Wirtschaftsplan von 1946 trug die Keime eines Ueberwucherns der technokratischen und bürokratischen Kräfte in sich. Wenn auch der Plan in den Grundzügen demokratisch gedacht war, so war er es nicht in seiner Aktion, da die wirtschaftliche Verfügungsmacht tatsächlich von einem aus spezialisierten Beamten zusammengesetzten Kommissariat übernommen wurde. Demselben Strukturfehler begegnen wir in andern Staaten mit Wirtschaftsplanung. Am extremsten ist diese scheinbar demokratische Konzentration der Wirtschaftsmacht in der Sowjetunion durchgeführt. Es ist ganz klar, daß sich die europäischen Gewerkschaften mit einer solchen Form der Wirtschaftsplanung nicht einverstanden erklären können.

III

Die im ersten Teil der Sommerschule aufgeworfenen Fragen fanden in der Besprechung der *notwendigen Aenderungen des jetzigen Produktionssystems der westlichen Welt* ihre sinngemäße Weiterführung. Bei diesem Thema wurde es offensichtlich, daß die Zeit für eine internationale Wirtschaftsplanung gekommen ist. Internationale Zusammenarbeit ist unentbehrlich, wenn Europas Wirtschaft gedeihen soll.

In einem überaus fesselnden Vortrag umriß der volkswirtschaftliche Mitarbeiter des holländischen Bauarbeiterverbandes, *Dr. Heinz Umrath* (Amsterdam), die Grundzüge einer europäischen Wirtschaftspolitik. Die Diagnose dieses erfahrenen Fachmannes mündete in die Einsicht, daß die europäischen Länder nur dann eine erfolgreiche Konjunkturpolitik betreiben können, wenn die Maßnahmen international aufeinander abgestimmt werden. Dabei dürfe jedoch nicht übersehen werden, daß die großen wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit nicht in erster Linie durch Konjunkturschwankungen, sondern durch strukturelle Veränderungen hervorgerufen werden. Manche strukturelle Störungsfelder sind bereits mehrere Jahrzehnte alt, ja, sie hemmen teilweise schon seit der Jahrhundertwende die gesunde Wirtschaftsentwicklung. Die beiden Weltkriege und der wirtschaftliche Nationalismus haben die strukturellen Fehler noch schärfer ausgeprägt. Europas Wirtschaftsstruktur muß daher überhaupt erst für eine erfolgreiche Konjunkturpolitik vorbereitet werden.

Kann Nordamerika durch seine weitgehende Wirtschaftshilfe Europa zu einem neuen wirtschaftlichen Gleichgewicht verhelfen?

Die Wirksamkeit der amerikanischen Wirtschaftshilfe wird, wie der Referent ausführte, leider dadurch in Frage gestellt, daß die zur Verfügung gestellten Mittel in einem viel zu großen Ausmaß dazu verwendet wurden, um den Vorkriegsstand der europäischen Wirtschaft wiederherzustellen, anstatt ein neues, in die veränderte Welt passendes Industrie- und Handelspotential aufzubauen. Europa bedarf heute einer neuen wirtschaftspolitischen Konzeption: ein Programm zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Die Produktionsmöglichkeiten in den europäischen Ländern sind zu koordinieren, und bei Neuinvestierungen sind diejenigen Wirtschaftszweige zu bevorzugen, welche einen Export nach den andern Erdteilen ermöglichen. Als beste Lösung erscheint ein Wirtschaftsprogramm des weltwirtschaftlichen Kreislaufes, wobei die USA Europa Investitionshilfe gewähren und der europäische Export nach dem nicht zum Dollargebiet gehörenden Rest der freien Welt intensiviert wird.

Die Schwierigkeiten der Durchführung dieses Wirtschaftsprogramms liegen freilich nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, denn wir sollten zugleich die sozialen, politischen und psychologischen Widerstände der nationalstaatlichen Tradition überwinden. Auf diesen Gesichtspunkt verwies namentlich auch *K. Osterkamp* (Köln), welcher das zweite Referat zum Thema der notwendigen Änderungen des Produktionssystems der westlichen Welt hielt. In Anbetracht der geringen Bereitschaft der europäischen Länder, freiwillig die Souveränität einem größeren sozialen Staatswesen zu übertragen, plädierte dieser Redner für die Bildung eines föderativen Gremiums, welchem lediglich bestimmte sozialwirtschaftliche und politische Funktionen zustehen. Auf diese Weise wird es viel leichter fallen, das Ziel der internationalen Integration zu erreichen.

Ein weiterer Aspekt, welcher von *K. Osterkamp* eingehend gewürdigt wurde, bildete die wirtschaftspolitische Lage nach Beendigung der Rüstungskonjunktur. Das Ende der rüstungsbedingten Produktion muß durch eine Intensivierung der Friedensproduktion kompensiert werden. Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Umstellung muß bei der langfristigen Investitionsplanung liegen, wobei die Bestrebungen in den einzelnen Ländern in den gesamteuropäischen Rahmen hineingestellt werden sollen. Im weiteren ist an die Zusammenarbeit in der Beschäftigungs- und Währungspolitik zu denken, wo sich ebenfalls ganz konkrete Aufgaben europäischer Wirtschaftspolitik stellen.

IV

Zum Abschluß des Kursprogrammes gab der Leiter der Sommerschule, *W. Schevenels* (Brüssel), noch einen Ueberblick über die politischen Aspekte der Einigung der demokratischen Welt. Das ergänzende Referat über die wirtschaftlichen Aspekte mußte infolge Erkrankung des Redners leider ausfallen.

Obwohl diesem Thema weniger Zeit eingeräumt wurde, ließen Vortrag und Aussprache doch erkennen, daß es an der Wichtigkeit dieser Frage nichts zu rütteln gibt. Die gegenwärtige Weltlage ist nicht dazu angetan, die Verantwortung leicht zu nehmen, denn die zersetzenden Kräfte sind zahlreich. Daher ist es unentbehrlich, daß die demokratische Welt ihrer einigenden Kraft voll bewußt wird.

Wichtiger als viele Worte über die Einigung der demokratischen Welt ist jedoch, daß die einigende Kraft in der täglichen Arbeit verwirklicht wird. Die Notwendigkeit, es nicht bloß bei Worten sein Bewenden haben zu lassen, wurde nicht zuletzt auch durch den Verlauf der gesamten Sommerschule nachdrücklich zum Bewußtsein gebracht. Nur eine im unentwegten Einsatz für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit geeinte demokratische Welt wird der inneren und äußeren Bedrohung standhalten und dem arbeitenden Menschen von heute Sicherheit und Wohlstand gewährleisten können.

Dr. Georg Wyler

Warum wurde in Frankreich gestreikt ?

In der Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung bleibt der Auguststreik von 1953 ein Phänomen. Noch nie ist eine gewerkschaftliche Bewegung von diesem Ausmaß mitten in die Ferienzeit gefallen, in der zahlreiche Betriebe ihre Pforten bereits geschlossen hatten und einige hunderttausend Arbeiter und Angestellte in ihren Ferienquartieren weilten.

Allgemein – insbesondere bei den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten – wurde mit einer Belebung der sozialen Kämpfe auf den Monat September oder Oktober gerechnet. Die spontane Wucht des Streikkampfes entfesselte sich durch das brüskierende Vorgehen der Regierung, die dem Personal der öffentlichen Dienste eine bedeutende Verschlechterung ihres Statuts ohne vorherige Verhandlungen oktroyieren wollte. Es lag in der Hand der Regierung, diesen Streik zu verhindern, sofern sie sich mit den interessierten Verbänden des Personals vorher ins Einvernehmen gesetzt hätte. Das brutale Vorgehen der Regierung hat den Zeitpunkt und den gewaltigen Umfang der Bewegung bestimmt.

Das hervorstechendste Merkmal des Auguststreikes ist zweifellos, daß er ohne die Kommunisten von den freien Gewerkschaften – Force ouvrière, christlicher Verband, autonome Verbände und die Gewerkschaft der Kader (Techniker und Ingenieure) – ausgelöst und geführt wurde. Die kommunistische CGT verhielt sich vorerst reserviert, sie bremste sogar, da sie der Bewegung keine Kraft zutraute und davon überrascht wurde. Erst als der unerwartete, unglaubliche Schwung der Bewegung seine Tiefe aufwies, die Mitglieder der CGT